

Städte als willige Nutznießer des Sozialraubs

Moderner Arbeitsdienst - Führungsetagen der Kommunen haben eine Menge Ideen zum Gebrauch der Ein-Euro-Jobber

Gegenwärtig gehen viele Tausend Menschen wöchentlich auf die Straße, um für Arbeit und Lohn gegen Armut und Ausbildungsnotstand zu kämpfen. Die Proteste richten sich momentan insbesondere gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung. Gegen Hartz IV vorzugehen, bedeutet, die Landesverfassungen und das Grundgesetz ernst zu nehmen. Im Grunde bedeutet es, einen Verfassungsauftrag zu verwirklichen. Denn Hartz IV bricht mit dem Grundgesetz und den Landesverfassungen.

Laut Grundgesetz haben wir das Grundrecht, "Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen." In Artikel 12 GG heißt es weiter: "Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig." Im Artikel 24 der Landesverfassung von NRW wird man noch deutlicher: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit. Der Lohn muss der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familien decken. Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn, das gilt auch für Frauen und Jugendliche.“

Hartz IV – ein
kommunales Thema

Der Protest gegen Hartz IV und die Agenda 2010 enthält vielfach auch Aussagen gegen Rüstung und Krieg, gegen Militarismus und Neofaschismus. Und das ist gut so. „Die Agenda 2010 wird ihre Früchte tragen und auch dem Haushalt mehr Spielraum verschaffen.“ (Süddeutsche Zeitung, 4.2.04) Mit diesen Worten gab Kriegsminister Peter Struck seiner Freude Ausdruck, dass ab 2005 der Rüstungsetat wieder zunehmen wird, um ein gigantisches Aufrüstungsprogramm durchzusetzen. Jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich zu den rund 24 Milliarden Euro, die der Rüstungsetat bereits jetzt verschlingt, sollen im 2006-Haushalt umverteilt werden – von den Sozialleistungen weg, hin zur Finanzierung von Rüstung und Krieg. Doch nicht nur die Militärs, sondern auch viele Kommunalpolitiker hoffen, von Agenda 2010 und Hartz IV zu profitieren. 600 000 Langzeitarbeitslose sollen in Ein-Euro-Jobs gesteckt werden, in eine Art neuen Reichsarbeitsdienst. Besonders die Kommunen betätigen sich als Ausrichter dieses Arbeitsdienstes.

Wer sich dieser Dienstverpflichtung verweigert, bekommt als älterer Arbeitsloser 30 Prozent von den 345 Euro ALG II abgezogen, als Jugendlicher wird ihm alles genommen. Wer nicht zu den 170 000 Zivil- und Wehrpflichtigen gehört, die ab 1. Januar 2005 eingezogen werden, der wird dann in den neuen Zwangsdienst gesteckt, der mit Hartz IV möglich wird. Insgesamt 770 000 Menschen werden laut aktuellem Haushaltsplan aus Berlin dann jährlich in Zwangsdienste gedrängt.

ALG-II-Bezieher, die dem Zwang zum Ein-Euro-Job und zur Einweisung in „zumutbare“ Mini-Jobs dadurch ausweichen wollen, dass sie – wie bisher als Arbeitslosengeldempfänger möglich – in 165-Euro-Zusatzverdienstverhältnisse gehen, und zwar in nützlichen und sozialen Arbeitsbereichen, denen wird dieser Weg abgeschnitten. Statt 165 Euro dürfen sie nur noch 24 Euro hinzuverdienen, wer auf ca. 160 Euro im Monat zusätzlich kommen möchte,

muss sich dem Zwangsdienst a la Ein-Euro-Job anvertrauen. Soviel zum Thema: Bevor man zu Hause rumhängt, ist es doch besser einen Ein-Euro-Job zu nehmen; Zuverdienste und ehrenamtliche Arbeit werden gewissermaßen verboten.

Sind wir auf dem Weg
in die Vergangenheit?

Sind wir auf einem Weg in die Vergangenheit? 1931, es war die Zeit des Panzerkreuzerbaus, der Rüstung, vor allem der Massenarbeitslosigkeit, wurde von Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Brüning die Notverordnung gegen das Parlament erlassen, die den ganzen Katalog enthielt, den wir auch jetzt wieder kennen lernen: Lohnkürzung, Abbau der Tariffreiheit, die Herabsetzung der Bezüge der Staatsbeschäftigten und der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, ferner Steuervergünstigungen für Unternehmer und die Förderung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“. Dieser Arbeitsdienst sollte sogar zum Pflichtdienst erhoben werden, doch dies konnte die Arbeiterbewegung bis 1933 verhindern. Sodann bemächtigten sich die Nazis des organisierten „freiwilligen“ Arbeitsdienstes und machten daraus den Reichsarbeitsdienst mit seinem vormilitärischen Charakter. Millionen junge Menschen, die beim Reichsarbeitsdienst zum ersten Mal stramm stehen mussten, blieben auf den Schlachtfeldern, auf die sie von den Nazis getrieben wurden.

Steht nicht einer Wiederholung dieser Entwicklung in der heutigen Krise des Kapitalismus noch immer das Grundgesetz entgegen? Zwangsarbeit ist laut Grundgesetz Artikel 12 nur als Strafe zulässig. Bisher hat die Regierung ein „Pflichtjahr als verfassungswidrig eingestuft, weil Zwangsarbeit verboten ist“, schreibt die Frankfurter Rundschau (19.8.04.) Das soll nun anders werden.

Der moderne Arbeitsdienst
am Beispiel Dortmunds

Der moderne Arbeitsdienst allerdings sieht in NRW so aus: In Dortmund sollen 4 000 Langzeitarbeitslose einen „englischen Landschaftspark“ (Westf. Rundschau 20.8.04) zum Ruhme des Oberbürgermeisters Dr. Gerhard Langemeyer (SPD) gestalten. Am 10. September berichtete die Dortmunder Presse, dass insgesamt 12 000 Ein-Euro-Jobs und Niedrigst-Lohnbeschäftigungsstellen geschaffen werden sollen.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) will langzeitarbeitslose Ingenieure durchs Land senden, und zwar als fast kostenlose Berufsschullehrer, und er will Pädagoginnen ohne Job als Hausaufgabenbetreuerinnen an Grundschulen – auch in Dortmund - einsetzen. Entgegen den großen Erklärungen werden die modernen Arbeitsdienstler in solchen Stellen eingesetzt, in denen dann kein Platz mehr ist für ordentliche normale Arbeitsverhältnisse.

Der bisher bekannte Einsatz von geeigneten Sozialhilfeempfängern wird nun auf Langzeitarbeitslose ausgeweitet. Es entsteht somit eine kommunale Reservearmee von Arbeitskräften, von Ein-Euro-Jobbern, die nach Gutdünken des Bürgermeisters zu Gartenarbeiten, Landschaftsgestaltung, Stadtreinigung, Wachdiensten, im Gesundheitswesen, in Schulen und Kindergärten eingesetzt werden, ferner in Kindergärten, Krankenhäusern, Wohlfahrtseinrichtungen. Von Qualität kann dann dort nicht mehr gesprochen werden, wo ungelernete, zum Teil ungeeignete Leute per „Zumutbarkeit“ eingesetzt werden.

Das Gesetz zu Hartz IV führt also dazu, dass jener Art von Arbeitseinsätzen, die ja bisher auf Sozialhilfeempfänger beschränkt waren, Hunderttausende Arbeitslose zugeführt werden. Sie

werden ALG-II-Bezieher, das heißt Sozialhilfeempfänger. Sie werden nicht mehr vom Arbeitsamt betreut, sondern von Job-Centern der Städte und Arbeitsagenturen (früher Arbeitsämter). In zehn Städten von NRW, so in Hamm und Mülheim, wird die Betreuung von Langzeitarbeitslosen ganz in die Regie der Kommune gegeben.

Die Entmachtung der Arbeitsämter mit ihren allgemeinverbindlichen Standards zugunsten arbeitnehmerfeindlicher Kommunalpolitiker ist schon lange ein Ziel der rechten CDU-Kreise um Roland Koch. Der setzte im Vermittlungsausschuss die Regelung durch, die den Bürgermeistern Tausende billigste Arbeitskräfte zuführt, um diese dann nach Belieben einzusetzen. Dabei fallen dann manchen Herren auch bei uns immer Dienstverpflichtungen mit Schaufel und Spaten ein.

Montagsdemonstranten als
Krawallmacher beschimpft

Es gibt noch keinen Überblick inwieweit das reaktionäre Arbeitsdienstmodell a la Roland Koch von den Kommunen angenommen wird. Wie in der Frankfurter Rundschau vom 11. September zu lesen war (unter der Überschrift „Hartz-Musterschüler von der Berliner PDS“), ist die größte deutsche Gemeinde dabei, Hartz VI mit dem vollen Programm umzusetzen: Billigstlohnangebote „mit Arbeitsanreizen“, als wären die Arbeitslosen nur zu faul; Zwangswohnungswechsel; Ein-Euro-Jobber sogar für Privatfirmen. In Dortmund wird die Koch-Politik von der SPD sehr freudig aufgegriffen. Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer (SPD) hat den arbeitslosen Montagsdemonstranten jedes Gespräch verweigert und sie als auf „Krawall getrimmt“ beschimpft. Dieser Ausrutscher, der durch nichts begründet ist, jedenfalls nicht durch den Verlauf der Demonstrationen, ist nur erklärlich, weil Langemeyer weiß, was er und Leute wie Koch vorhaben.

Er selbst wäre sicherlich auf Krawall gestimmt, wäre er ein Langzeitarbeitsloser. Denen mutet er eiskalt zu, was sein Sozialdezernent Siegfried Pogadl (SPD) ausplauderte. Das gemeinsame Job-Center von Stadt und Arbeitsagentur, so Pogadl, werde die 43 000 künftigen Hartz-IV-Opfer zum gemeinsamen „Nachdenken“ einladen. Wer nicht erscheint, dem wird Sozialgeld und ALG II komplett gestrichen. Wer erscheint, kann vielleicht einen der Ein-Euro-Jobs erhalten. Wer da nicht „freiwillig“ mitmacht, dem wird als junger Mensch das Geld gestrichen, als älterer gekürzt.

Ex-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sagte übrigens über diese Jobs, sie würden vergeben nach dem Motto: „Ich schmeiße einen anständig Bezahlten raus und stelle jemand anderen für einen Hungerlohn ein.“ Blüm muss es wissen, er war lange genug im Geschäft. Und Pogadl sagte auch, man werde allerdings nicht jeden für den Hungerlohn nehmen. Im schönsten Stammtisch-Jargon: „Viele Menschen müssten erst einmal wieder ans Arbeiten gewöhnt werden. Süchtige beispielsweise müssten erst einmal von ihrer Sucht geheilt werden.“ (Westf. Rundschau 21.8.04) Tag für Tag lesen wir auf den Lokalseiten der Zeitungen an der Ruhr: Schritt für Schritt müsse der Langzeitarbeitslose an den Ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden, - der jedoch völlig leergefegt ist.

Auch Sozialverbände
wollen Arbeitszwang nutzen

Und wie eh und je wird ein riesiger Verwaltungsapparat aufgebaut. 109 Millionen Euro pro Jahr soll Dortmund für die Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose vom Bund bekommen. Gut ein Drittel davon, 35,3 Millionen Euro, werden, so behauptet die Stadtführung, für die

Verwaltung der Billigst-Beschäftigungsstellen gebraucht. Es wird ein aufgeblähter Verwaltungsapparat geschaffen, obwohl das Arbeitsamt über die genügenden Kapazitäten verfügt. Oder soll schlicht der marode Dortmunder Stadthaushalt saniert werden? Warum ein zusätzliches Job-Center, wo es doch ein gut funktionierendes Arbeitsamt (Arbeitsagentur) gibt?

Die Führungsetagen der Stadt entpuppen sich als willige Nutznießer des Sozialraubs. Leider machen Sozialverbände mit. War man sich bis vor kurzem in deren Reihen noch einig, zumindest den Zwang zu jeder Arbeit bei jedem Lohn eindeutig abzulehnen, wollen diese Sozialverbände den Arbeitszwang nun nutzen, um billige Arbeitskräfte für einen Euro Stundenlohn zu beschäftigen.

Gemeinsam mit der Bundesregierung preisen Kommunen derartige Pflichtarbeit „zum Gemeinwohl“ als Geste des Entgegenkommens: eine attraktive Möglichkeit, die 345 Euro Arbeitslosengeld II aufzubessern. Vom Zwangscharakter, dem Fehlen von Qualifizierungsmöglichkeiten, und der Auswirkung auf den restlichen Arbeitsmarkt wird dabei nicht gesprochen. Erwirbt man damit Anspruch auf Arbeitslosengeld I? Nein, ebenfalls Fehlanzeige. Und so lautet die bittere Prognose: Einmal Zwangsjobber immer Zwangsjobber.

Arbeitslose, die sich an jedem Ort, zu jedem Preis verkaufen müssen, werden knallhart gegen die Beschäftigten ausgespielt: Der Zwang, jeden noch so miesen Job annehmen zu müssen, schafft ein Heer von flexiblen Zwangs-Jobbern im Niedrigstlohnbereich und beschert den noch Beschäftigten drastische Lohnsenkungen bzw. Massenentlassungen. Das Malerhandwerk beispielsweise wie auch die Gärtnereibetriebe fürchten zu Recht, dass ein Großteil der Aufträge dann von ungelerten Ein-Euro-Jobbern erledigt wird.

Niedriglohnsektor wächst
und Tarifgefüge rutscht ab

Zugleich sind die Ein-Euro-Jobs eine unverschämte Drohung gegen alle Kolleginnen und Kollegen, die - gerade im Pflegebereich - nicht erst seit heute unter den Rationalisierungsmaßnahmen ächzen. In der Altenpflege sollen gelernte Pflegerinnen und Pfleger auf einen minimalen Kernbereich beschränkt werden. Der Rest soll durch moderne Sklaven ersetzt werden, schreiben dazu Mitarbeiter von Sozialverbänden in einer Protesterklärung.

Auch der DGB Östliches Ruhrgebiet und seine Mitgliedsgewerkschaften kritisieren die Zumutbarkeitsanordnung, nämlich den Arbeitszwang, jede Arbeit - bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit - anzunehmen. Dies bedeutet: Tariflöhne und ortsübliche Bezahlung können bis zu 30 Prozent (!) unterschritten werden. Der schon vorhandene Niedriglohnsektor wird gigantisch ausgeweitet und das gesamte Tarifgefüge rutscht nach unten ab. Die "Hartz-Gesetze" treffen also nicht nur Arbeitslose, auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Arbeit sind davon unmittelbar betroffen.

Doch es gibt auch Alternativen: Die Stadt zu drängen, bei der Umsetzung von Hartz IV ihren Ermessensspielraum voll zugunsten der Betroffenen auszuschöpfen und nur tarifvertraglich und verfassungsmäßig zulässige Jobs anzubieten, ist das Ziel eines Bürgerantrags an den Rat der Stadt Dortmund, für den das Linke Bündnis Dortmund Unterschriften sammelt. Die wichtigsten Forderungen: Verzicht auf Billig-Jobs, Ausschluss von Zwangsumzügen, Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge für alle, die aus dem Arbeitslosengeld II herausfallen, Verwendung der Bundes- und Landesmittel nur zur Schaffung regulärer, gemeinnütziger und nach Tarif bezahlter Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die örtlichen Gewerkschaftsgremien sind aufgerufen, diese Unterschriftensammlung zu unterstützen. Doch die neigen derzeit oft dazu, den Protest gegen Hartz IV einzustellen. In Dortmund gingen Gewerkschaftsvertreter sogar in eine gemeinsame „Arbeitsmarktinitiative AMI-DO“ – gemeinsam mit Parteien, Verwaltung, Verbänden – hinein, um Hartz IV umzusetzen und „imagefördernde“ Programme voranzubringen. Motto: „Ganz Dortmund eine saubere Sache“.

Weitere Infos: www.linkes-buendnis-dortmund.de

Ulrich Sander